

Tagesordnung II Punkt 10 der öffentlichen Sitzung am 11. Februar 2010

Vorlagen-Nr. 09-V-33-0004

Starke Stadt für Studis und Azubis

Beschluss Nr. 0011

1. Die Konzeption „Starke Stadt für Studis und Azubis“ vom 24.11.2009 des Magistrats (Dezernat VII/33) wird zur Kenntnis genommen.
2. Es wird festgestellt, dass der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0494 vom 25.09.2008 mit der vorgelegten Konzeption umgesetzt wurde.
3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass durch die Umsetzung der Konzeption folgende Kosten entstehen:

Im Jahr 2010

1. für die Entwicklung des Gutscheinheftes, Werbeflyer sowie der Werbepлакate durch Wiesbaden Marketing 1.000 €,
2. für die Herstellung des Gutscheinheftes, der Flyer und Anschreiben 2.000 €,
3. für den Anteil der Stadt am Kinogutschein Caligari für 500 Exemplare 2.500 €,
4. für den Anteil der Stadt am Eintrittspreis für ein städtisches Schwimmbad für 500 Eintrittskarten 1.300 €.

Im Jahr 2011

5. für das Begrüßungsgeld für 1.000 Studenten und Auszubildende, die bereits in Wiesbaden studieren bzw. ihre Ausbildung absolvieren, sich aufgrund der Werbemaßnahmen für eine Anmeldung mit Erstwohnsitz entscheiden und noch mindestens für ein Jahr mit Erstwohnsitz in Wiesbaden gemeldet sind 100.000 €,
6. für das Begrüßungsgeld für 500 Studenten und Auszubildende, die im Jahr 2010 mit einem Studium oder einer Ausbildung in Wiesbaden begonnen haben und ein Jahr in Wiesbaden mit Erstwohnsitz gemeldet sind 50.000 €,
7. für die Herstellung des Gutscheinheftes, der Flyer und Anschreiben 2.000 €,
8. für den Anteil der Stadt am Kinogutschein Caligari für 500 Exemplare 2.500 €,
9. für den Anteil der Stadt am Eintrittspreis für ein städtisches Schwimmbad für 500 Eintrittskarten 1.300 €.

Ab dem Jahr 2012 jährlich

10. für das Begrüßungsgeld für 500 Studenten und Auszubildende, die im Jahr 2011 mit einem Studium oder einer Ausbildung in Wiesbaden begonnen haben und ein Jahr in Wiesbaden mit Erstwohnsitz gemeldet sind 50.000 €,
11. für die Herstellung des Gutscheinheftes, der Flyer und Anschreiben 2.000 €,
12. für den Anteil der Stadt am Kinogutschein Caligari für 500 Exemplare 2.500 €.

-
13. für den Anteil der Stadt am Eintrittspreis für ein städtisches Schwimmbad für 500 Eintrittskarten 1.300 €.
4. Der Finanzbedarf zur Deckung der unter Ziffer 3 genannten Kosten für die Jahre 2010 von 6.800 Euro und 2011 von 155.800 Euro wird dem neu zu bildenden Produkt im Bereich der Abteilung Einwohner- und Kfz des Amtes 33 - nach Genehmigung des Haushaltsplanes durch die Aufsichtsbehörde - außerplanmäßig zugesetzt. Der Magistrat (Dezernat VII) wird beauftragt, eine entsprechende Deckung innerhalb des Budgets von Dezernat VII zu benennen.
5. Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich die Studenten und Auszubildenden, die sich ab 2010 zusätzlich mit erstem Wohnsitz in Wiesbaden anmelden, ab dem Jahr 2012 positiv auf die Zuweisungen des Landes im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches auswirken. Dieser positive Effekt kann jedoch nicht genau beziffert werden, da die Zuweisung pro Einwohner jeweils neu festgelegt wird und unter anderem von der Entwicklung von Konjunktur und Steuerkraft auch in den anderen hessischen Gemeinden abhängig ist.
Unter Zugrundelegung des derzeitigen Satzes der Zuweisung von ca. 350 € pro Einwohner würden sich bei der unterstellten Fallzahl von jährlich 500 zusätzlichen Erstwohnsitzanmeldungen Mehreinnahmen im kommunalen Finanzausgleich von 350.000 € p.a. ergeben.
6. Der Magistrat (Dezernat I/20) wird mit der haushaltsrechtlichen Umsetzung beauftragt.
7. Der Magistrat (Dezernat VII) wird beauftragt, zu den Haushaltsplanberatungen 2012/2013 einen Erfahrungsbericht vorzulegen.
8. Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, durch welche Maßnahmen erreicht werden kann, dass in der Landeshauptstadt Wiesbaden Studierende und Auszubildende kostenfrei den ÖPNV benutzen können. Entsprechende Vorschläge und Berechnungen sollen bis Jahresmitte dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration vorgelegt werden.

(antragsgemäß Magistrat 22.12.2009 BP 1118)

(ergänzt um Ziffer 8 aufgrund des Änderungsantrages der Linken Liste vom 02.02.2010 im Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 02.02.2010, BP 0012)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2010
im Auftrag

Dr. Heimlich

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .02.2010
im Auftrag

Dezernat VII
Dezernat I/20 zu Punkt 6
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Bock

